Offener Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Köln

Köln, 24.11.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 27. September sind auf dem Chlodwigplatz zahlreiche Kölnerinnen und Kölner zusammengekommen, um gemeinsam für bezahlbaren Wohnraum und gegen die zunehmende Verdrängung aus unserer Stadt zu demonstrieren.

Im Rahmen dieser Kundgebung wurden Ihnen über **13.000 Unterschriften von Kölner Mieterinnen und Mietern** unter der Petition „Alle wollen wohnen: Wohnen ist ein Menschenrecht!“ übergeben.

13.000 Unterschriften sind 13.000 Stimmen und Geschichten. Hinter jeder dieser Unterschriften steht ein Mensch, der nun auf Sie blickt, und Vertrauen darauf setzt, dass Sie den Mietennotstand in Köln endlich anerkennen und entschlossen handeln.

Das sind Menschen unserer Stadt, für die eine jahrelange Wohnungssuche normal geworden ist, die sich ihre Wohnung kaum noch leisten können, weil die Mietpreisbremse kaum greift und Vermieter*innen sie regelmäßig umgehen. Das sind Familien, die aus Köln wegziehen müssen, weil sie hier keine bezahlbare 3 oder 4-Zimmer Wohnung mehr finden. Das sind Studierende, die die Hälfte ihres Einkommens für Miete ausgeben und nicht wissen, ob sie nach ihrem Abschluss in Köln bleiben können. Das sind Menschen, die Angst vor Eigenbedarfskündigung und Wohnungslosigkeit haben..

13.000 Kölner Mieter*innen haben die Petition, die aus einer Initiative der Linken Köln hervorgeht, unterschrieben. **Hinter die darin enthaltenen Forderungen stellen wir uns als Organisation des Bündnisses “Für bezahlbaren Wohnraum” ausdrücklich**. Denn sie entsprechen dem, wofür wir gemeinsam auf die Straße gegangen sind: **Köln braucht endlich eine entschlossene Politik für bezahlbaren Wohnraum.**

Die Wohnungsfrage ist längst keine Randfrage mehr, sondern ist zum sozialen Sprengstoff geworden. Sie entscheidet darüber, wer in Köln noch leben kann und wer gehen muss. Steigende Mieten, Verdrängung, Zweckentfremdung und fehlender bezahlbarer Wohnraum gefährden die Vielfalt unserer Stadt. Bereits der Aufruf unseres Bündnisses macht deutlich: Teure Mieten spalten die Stadt und werden für immer mehr Menschen zu einer existenziellen Belastung.

13.000 Menschen haben eine klare Botschaft an den Rat der Stadt Köln gerichtet: Der Mietennotstand muss anerkannt und wirksam bekämpft werden.

Wir erwarten deshalb von Ihnen und der Stadt Köln nicht nur die Entgegennahme von Unterschriften, sondern eine politische Antwort.

Die Petition fordert unter anderem:

- den **Mietennotstand in Köln anzuerkennen** und ein konkretes Maßnahmenpaket zu seiner Bekämpfung vorzulegen;
- entschlossen gegen **Mietpreisüberhöhungen und Mietwucher** vorzugehen und das Wohnungsamt dafür personell ausreichend auszustatten;
- **Leerstand und Zweckentfremdung** von Wohnungen konsequent zu bekämpfen;
- Mieterinnen und Mieter durch einen **Mietendeckel zunächst bei städtischen Wohnungsunternehmen** und perspektivisch darüber hinaus zu schützen;
- ein städtisches Wohnungsunternehmen zu schaffen beziehungsweise zu stärken, das gezielt bezahlbaren Wohnraum baut;

- private Bauherren und Investoren stärker zum Bau **öffentlich geförderter Wohnungen** zu verpflichten.

Diese Forderungen sind keine überzogenen Wünsche. Sie sind notwendige Antworten auf eine Entwicklung, die sich seit Jahren verschärft.

Wir fordern Sie daher auf:

Nehmen Sie die 13.000 Unterschriften ernst.

Beziehen Sie bis zum 10.12. öffentlich Stellung zu den Forderungen der Petition.

Und legen Sie konkrete Maßnahmen vor, mit denen die Stadt Köln den Mietennotstand wirksam bekämpft.

Wohnen ist kein Luxus und keine Ware wie jede andere. **Wohnen ist ein Menschenrecht.**

Köln muss eine Stadt bleiben, in der Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Alter oder ihrer Lebenssituation wohnen bleiben können.

Mit freundlichen Grüßen

Die unterzeichnenden Organisationen des Bündnisses „Für Bezahlbaren Wohnraum“

*Recht auf Stadt, OMZ, Soziale Wärmewende Jetzt!, Auftrag Südstadt, Studis gegen Rechts, DIDF, Stiftung Frauen*leben in Köln, linksjugend Köln, Grüne Jugend Köln, die Mitglieder des ver.di Bezirkserwerbslosenausschusses Köln-Bonn-Leverkusen, Grüne Köln-Mülheim und Die Linke Köln.*